

## Der militärische Rückschlag und seine Folgen

Der Kaiser war an die Front abgereist, um den neuen Kampfhandlungen beizuwohnen, die am 16. Juli 1918 kurz nach Mitternacht begannen.

Der Obersten Heeresleitung hatte die Rühlmann-Rede so weh getan, weil der Truppe, die in die zweite Marneschlacht ging, nicht der Glaube genommen werden sollte, es gälte die Entscheidung zu erkämpfen.

Schon am 16. abends stockte unser Angriff, auch am 17. kam er nicht weiter. In der Nacht vom 16./17. gab Ludendorff den Befehl zur Räumung des Marnebogens. Mitten in diese Bewegung hinein stieß Fochs Gegenoffensive, auf die die Feinde seit Monaten ungeduldig warteten und an die wir nicht recht geglaubt hatten. Wir kamen in eine furchtbar schwere Lage, in der wir uns zwei Tage hielten und der wir uns dann durch eine meisterhafte Operation entzogen.

Unsere Berichterstattung über diese neue Schlacht war irreführend. Die furchtbaren Verluste der Franzosen und Amerikaner wurden betont.

„Während der Nacht nahmen wir unsere südlich der Marne stehenden Truppen vom Feinde unbemerkt auf das nördliche Flußufer zurück.“<sup>1</sup>

Es wurde Wert darauf gelegt, daß der Feind nicht sein letztes Ziel erreicht habe, das ganze Gebiet zwischen Aisne und Marne abzuwickeln.

Das war alles ganz richtig, aber die wesentliche Tatsache blieb im Dunkeln: die mit großer Kühnheit und Hoffnung begonnene Entscheidungsschlacht war verloren. Ich habe die Bedeutung unserer Niederlage damals nicht begriffen, sondern den Glauben geteilt, es würde der Obersten Heeresleitung gelingen, die verlorene Initiative noch einmal wieder zu gewinnen. Allerdings wurde ich stutzig durch eine kurze Bemerkung in einem Brief des Kronprinzen Rupprecht vom 22. Juli 1918:

„... Über die jüngsten Vorgänge an der Front wirst Du unterrichtet sein. Die Art der Berichterstattung war sehr ungeschickt und geeignet,

<sup>1</sup> Tagesbericht vom 20. Juli 1918.

zu späterer Enttäuschung Anlaß zu geben. Im übrigen hat sich jetzt manches gebessert, aber recht unangenehm war die Überraschung doch.“

Ich sandte damals eine neue Bearbeitung des „Ethischen Imperialismus“ an Kronprinz Rupprecht und General Ludendorff. Heute muß ich mir sagen, daß schon damals die militärische Grundlage für unseren stolzen Plan zerbrochen war.

Da kam der 8. August — Ludendorffs „schwarzer Tag“.<sup>1</sup> Die Engländer brachten uns eine furchtbare Niederlage bei Albert bei. Nach der zweiten Marne Schlacht hatten die Feinde ihre Freude noch zurückgehalten — Fochs Name war mit inbrünstiger Hoffnung überall genannt worden, man hatte jedoch noch nicht an einen Umschwung zu glauben gewagt. Jetzt aber jubelte England:

„Wenn eine Bombe vom Himmel fallen könnte, um gute Nachrichten zu verbreiten — nur solch ein plötzliches und glückliches Naturwunder könnte das Erstaunen und die Befriedigung des Landes bei den Nachrichten der letzten drei Tage symbolisieren.“ („Observer“, 11. August.)

„We are smashing through“<sup>2</sup> sagte Lloyd George.

Diesmal war die deutsche Berichterstattung präziser. Der „Überschlagserfolg Haigs“ wurde zugegeben.

„Durch dichten Nebel begünstigt, drang der Feind mit seinen Panzerwagen in unsere Infanterie- und Artillerielinien ein. Nördlich der Somme warfen wir den Feind im Gegenstoß aus unseren Stellungen zurück . . . Wir haben Einbuße an Gefangenen und Geschützen erlitten.“ (Tagesbericht vom 9. August 1918.)

Aus Berlin hörte ich: „Der Stimmungsturz ist furchtbar.“ Gleichzeitig kam eine Nachricht, die es mir mehr als alles andere deutlich machte, wie der Regierung das Wasser am Halse stand. Herr v. Radowisz, der Chef der Reichskanzlei, hatte sich an Oberst v. Haefsten gewandt: er müsse die Gesamtleitung der Propaganda als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt übernehmen.

In der Tat, wenn die Reichsleitung nach der psychologischen Methode der Militärischen Stelle rief, mußte ihre Weisheit am Ende sein. Schade, daß die Einsicht zu spät kam, denn die von uns empfohlene politische Offensive war als Vorbereitung und Begleitung des Sieges gedacht, nicht aber als sein Ersatz.

<sup>1</sup> Siehe unten S. 426 und Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 547.

<sup>2</sup> „Wir brechen mit Gewalt durch.“

Oberst v. Haefsten reiste am 11. August ins Hauptquartier,<sup>1</sup> um, wenn irgend möglich, seine Berufung abzuwenden. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen waren in Spa, da der Kaiser einen Kronrat abhalten wollte.<sup>2</sup> Haefsten fand General Ludendorff äußerlich ruhig, aber sehr ernst. Nicht der Geländeverlust, nicht die Überlegenheit der von uns vernachlässigten Tankwaffe erschütterten ihn; seine ganze Natur war ja auf die Überwindung von unerwarteten Schwierigkeiten eingestellt. Was den Feldherrn niederdrückte, war: Er hatte das Vertrauen zur „Moral“ seiner Truppe verloren, dem unentbehrlichen Element des Sieges. Ludendorff sagte zu Haefsten, es sei kein Verlaß mehr auf die Mannschaften, wir brauchten schleunigst den Frieden. Zur Defensive müßte die Armee viel kampffähiger sein als zur Offensive. Am nächsten Morgen drang er in Haefsten, er möchte doch die ihm angetragene Leitung der deutschen Propaganda übernehmen; es sei jetzt keine Hoffnung mehr auf eine Offensive, die Führung habe den Boden unter den Füßen verloren. Es wäre jetzt von entscheidender Bedeutung, wenn die psychologischen Methoden gegen die englische Heimatfront in Anwendung kämen. Haefsten entgegnete, in einer solchen Situation müsse schleunigst etwas für den Frieden getan werden, aber er beschwöre den General, jetzt keine Schritte von der Obersten Heeresleitung aus zu tun, nun müsse die Regierung handeln. Er stellte die Frage: werde die Front halten, bis im Spätherbst die Offensive abflaut. Ludendorff antwortete, er habe doch noch das Vertrauen, daß wir durchhalten. Haefsten resümierte: So sei also noch für die politische Leitung Zeit, alle Maßnahmen zu treffen; die Oberste Heeresleitung müsse die Regierung aufklären und im übrigen kämpfen.

Haefsten erbat dann genaue Orientierung, die politische Leitung brauche Bewegungsfreiheit. Die glatte öffentliche Erklärung über Belgien sei nötig: Wiederherstellung der Souveränität und Integrität. Ludendorff war einverstanden.

Während des Gesprächs kam Hindenburg herein, kurz vor der Besprechung mit Hertling und Hinz. Oberst v. Haefsten hörte, wie sich der Generalfeldmarschall an Ludendorff wandte mit der Frage: Was soll ich den Herren sagen? und die Antwort erhielt: Die volle Wahrheit!<sup>3</sup> Und

---

<sup>1</sup> Über seine Unterredungen mit Ludendorff vgl. „Auszüge aus einem Ende 1918 der Obersten Heeresleitung erstatteten dienstlichen Bericht des Obersten v. Haefsten über seine Tätigkeit 1918“. Untersuchungsausschuß Bd. 2, S. 369 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Karl Graf v. Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei, Freiburg i. B. 1919, S. 148 ff.

<sup>3</sup> Bericht Haefstens, a. a. O., S. 371.

dann skizzierte der General dem Feldmarschall noch einmal die militärische Lage in ihrer ganzen Schwere.

Über diese Besprechung vom 13. August zwischen der Reichsleitung und der Heeresleitung gibt es kein Protokoll, aber ich bin überzeugt, daß der Feldmarschall nichts beschönigt und verschwiegen hat.<sup>1</sup> Entscheidend will es mir scheinen, daß auf Grund dieser Vorbesprechungen Staatssekretär v. Hinzp im Kronrat die ihm gewordenen militärischen Mitteilungen folgendermaßen zusammenfaßte:

„Der Chef des Generalstabs des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen.“<sup>2</sup>

Dieser Kronrat vom 14. August,<sup>3</sup> abgehalten unmittelbar nach dem Wendepunkt des Krieges, ist bereits jetzt in der Geschichte hart umstritten. Es steht Aussage gegen Aussage.<sup>4</sup> Außer dem Kaiser waren anwesend: der Kronprinz, die beiden Feldherren, Graf Hertling und Staatssekretär v. Hinzp, außerdem vom Gefolge des Kaisers: Generaladjutant v. Pleßsen, Chef des Zivilkabinetts v. Berg, Chef des Militärkabinetts Freiherr Marschall. Die große Streitfrage lautet: Hat der Kaiser die „ungeschminkte Bilanz des Weltkrieges“ zu hören bekommen, wie er das gefordert?

Darauf ist zu sagen: Wenn man die Frage so auffaßt: Ist General Ludendorff vor seinen Obersten Kriegsherrn im Kronrat hingetreten und hat zu ihm gesprochen, etwa wie er zum Feldmarschall gesprochen hat, so muß die klare Antwort gegeben werden: Nein, die Oberste Heeresleitung hat nicht ohne Schamung und Rücksicht gesprochen. — Wenn man aber anders fragt: Empfing im Kronrat die Reichsleitung in die furchtbare Lage einen genügend deutlichen Einblick, um sofort handeln zu müssen — in der äußeren wie in der inneren Politik — so kann diese Frage mit Entschiedenheit bejaht werden. Den Worten Hinzps, mit denen er die ihm erteilten militärischen

<sup>1</sup> Vgl. Hertling, a. a. O., S. 148, über den Inhalt der Besprechung, und Bericht Haefstens, a. a. O., S. 372.

<sup>2</sup> Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1924, S. 4.

<sup>3</sup> Protokoll gedruckt: Amtliche Urkunden Nr. 1.

<sup>4</sup> Vgl. Ludendorff, Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung August/September 1918, Berlin 1919, S. 10 ff. Paul v. Hinzp, Das Waffenstillstandsangebot, „Vossische Zeitung“ vom 11., 12. und 13. September 1919 und seine Aufzeichnung, Amtliche Urkunden Nr. 2.

Informationen zusammenfaßte, wurde mit keiner Silbe widersprochen. Die militärische Bilanz wurde keineswegs dadurch abgeschwächt, daß Hindenburg am Schluß der Beratung seiner Hoffnung Ausdruck gab, es werde gelingen, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen. Dieser Schlußsatz trägt nicht den Charakter eines militärischen Gutachtens, sondern eines Trostes, den der Feldmarschall wohl geäußert haben mag, weil er seinen König schonen wollte..

Es ist unbegreiflich, daß die Reichsleitung nicht gehandelt hat. Herr v. Hinzé führt zwei Gründe an:

1. Die militärische Aufklärung sei nicht restlos erfolgt.— Ich bestreite das.

2. Es sei ihm die Ermächtigung zur Einleitung diplomatischer Friedensschritte nur mit der Einschränkung erteilt worden, daß ein militärisch günstigerer Moment, etwa ein Erfolg an der Westfront, abgewartet werden müsse.

Zu dieser Begründung fühle ich mich verpflichtet, Stellung zu nehmen, da der Standpunkt, den Oberst v. Haefsten am 14. August vor der Obersten Heeresleitung erfolgreich vertrat, auch der meine war: eine militärische Depression dürfe keinen Annäherungsversuch an den Feind zeitigen. Aber wir empfahlen damit keineswegs politische Tatenlosigkeit. Im Gegenteil: wollte man, wie die Oberste Heeresleitung ganz richtig sagte, einen militärisch günstigeren Moment abwarten zu einer Friedensaktion, so mußte man jetzt handeln, um den feindlichen Kriegswillen zu lockern und unsere Heimatfront zu festigen, allerdings anders als die Reichsleitung meinte. Die Herren sprachen im Kronrat von Propaganda und sahen nicht ein, daß auch der beste Propagandaminister erfolglos arbeiten mußte, wenn die Regierung, die er stützte, keine Werbekraft hatte.

Die Bilanz des Weltkrieges hatte am 14. August 1918 zu heißen: Programmwechsel, d. h. Regierungswechsel. In dieser militärischen Krisis hätten ausgesprochene Anhänger des Verständigungsfriedens ans Ruder kommen sollen, aber sie durften kein Wort von Verständigung sprechen, sondern mußten die nationale Verteidigung proklamieren.

Ich erhielt damals nur dürftige Informationen über den Verlauf der Besprechungen in Spa. Alles, was ich hörte, war: es ist eine Propaganda im Sinne der psychologischen Methode beschlossen worden, und zugleich will Hinzé versuchen, diplomatische Fühler auszustrecken. Die militärische Situation sei ernst, aber man habe noch Hoffnung.

Immerhin ging es mir noch besser als den Bundesratsmitgliedern, für die am 27. August 1918 Herr v. Hinzé die „Bilanz des Weltkrieges“ mit folgenden Worten zog:

„Wir haben ja zwar einige kleine Leiden erlitten, immerhin aber nicht solche, daß wir annehmen müßten, unsere militärische Situation wäre schlecht oder gar verzweifelt.“<sup>1</sup>

Aber die Wahrheit sickerte natürlich überall durch, und über das ganze Land ging ein banges, mißtrauisches Fragen. Ich erhielt in diesen Tagen drei bedeutsame Warnungen.

Der Sozialdemokrat Fendrich schrieb mir am 9. August einen Brief,<sup>2</sup> erfüllt von Sorge um das Durchhalten der Heimat. Er betonte den nationalen Abwehrwillen, der seine Partei beherrschte, und konnte sich nicht nur auf seine eigene gute Gesinnung berufen, sondern starke und stolze Worte aus dem „Vorwärts“ anführen: „Die Gefahr verzehnfacht unsere Gewalt“; aber Fendrich fügte die Mahnung hinzu: nicht ohne das Vertrauen in die Führung draußen und drinnen, sonst kann die zehnfache Verminderung der Kraft die Folge der Gefahr sein. Und dann verwies er auf die Angriffe gegen die Sozialdemokraten in dem Aufruf des Bundes der Kaiserstreuen, darin zum Bürgerkrieg aufgefordert und unter anderem den Mehrheitssozialdemokraten vorgeworfen wurde, daß amerikanische Millionen bei ihnen arbeiteten. Fendrich fuhr fort: Alles steht auf des Messers Schneide, jedes Wort hat jetzt sein tausendfaches Gewicht, und die es mit dem Wohl der Monarchie und des Vaterlandes so ernst nehmen, sollten sich auch in höherem Maße ihrer Verantwortlichkeit für das Ganze bei der Abfassung und Verbreitung ihrer Aufrufe bewußt sein.

Kronprinz Rupprecht gab mir den folgenden beunruhigenden Bericht:

„München, 15. August 1918.

„Lieber Max!

„Eben hier . . . eingetroffen, beeile ich mich, Dir für Deinen Brief vom 7. und die Denkschrift vom Februar<sup>3</sup> herzlichst zu danken.

„Was nun die Denkschrift betrifft, so ist sie famos, doch treffen leider alle Voraussetzungen nicht mehr zu, unter denen sie verfaßt wurde. Durch die fehlerhafte Operation über die Marne und die sich daran reihenden schweren Rückschläge, die sowohl in materieller wie moralischer Hinsicht geradezu verhängnisvoll, hat sich unsere militärische Lage so rapid verschlechtert, daß ich nicht mehr glaube, daß wir über den Winter werden aushalten können, ja, es kann sein, daß bereits früher eine Katastrophe eintritt. — Sehr schlimm ist die Art unserer amtlichen Berichterstattung; sie bewirkt, daß man in der Heimat wie in der Armee das Vertrauen zur

<sup>1</sup> Nach der Mitteilung des braunschweigischen Bundesratsgesandten Boden.

<sup>2</sup> Gedruckt: Anton Fendrich, Die Klust, Stuttgart 1919, S. 82 ff.

<sup>3</sup> „Ethischer Imperialismus“, siehe oben II., Kapitel 5.

D.S.L. verliert, und zahlreich vom Feinde zu den Truppen herübergeworfene Propagandaschriften, namentlich Abdrucke der Lichnowstyschen Enthüllungen, wirken schädigend auf die Stimmung unserer übermüdeten Soldaten. Die Amerikaner mehren sich in ungeahnter Weise, gegenwärtig stehen schon 31 amerikanische Divisionen in Frankreich, wir aber sind gezwungen, nicht bloß eine ganze Reihe von Divisionen aufzulösen, sondern obendrein viele Bataillone um je eine Kompagnie zu verringern. Der Erfas reicht lange nicht mehr aus, die Verluste zu decken, und ist zudem wegen Mangels an Ausbildungspersonal, Unterernährung und körperlichen Gebrechen minderwertiger wie der Erfas, über den unsere Gegner noch in großer Menge verfügen. — Es handelt sich daher [darum], wollen wir eine unsere ganze Zukunft als Volk vernichtende militärische Katastrophe vermeiden, ungefäumt mit Friedensangeboten an unsere Gegner heranzutreten, speziell an England, und zwar mit solchen Angeboten, die angenommen werden können und mit Rücksicht auf die Volksstimmung in England auch angenommen werden müssen.

„1. Völlige Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens (jeder weitere Kriegsmonat kostet uns ebensoviel).

„2. Abtretung von Teilen des französischen Sprachgebiets in Deutsch-Lothringen (hierzu scheint auch der Kanzler wie die D.S.L. bereit, wenigstens war es diese einmal), dafür Rückgabe und Abrundung unserer afrikanischen Kolonien.

„. . . Ausgezeichnet finde ich Deinen Gedanken, mit einer Rede hervortreten zu wollen. Ich kann nur wiederholen: Es ist in jeder Hinsicht höchste Eile geboten! — und es müssen entscheidende Beschlüsse gefaßt und leider auch Opfer gebracht werden, um noch viel Schlimmeres zu verhüten. —

„Gelegentlich mehr, zur Zeit bin ich dringend erholungsbedürftig.“

Der dritte Alarmeruf kam aus Berlin:

11. August 1918.

„Ein Gespräch, das ich heute nachmittag mit einem befreundeten Offizier hatte, veranlaßt mich, noch einige kurze Mitteilungen aufzuschreiben.

Mein Freund kommt durch seine Tätigkeit überall an der Front herum. Er sagte kurz folgendes:

Die Depression in der Heimat greift auf die Front über. Man hat allgemein das Gefühl, daß, wenn es nicht gelingt, innerhalb der nächsten Monate durch einen großen politischen Erfolg eine Erweichung des feindlichen Kriegswillens herbeizuführen, Deutschland verloren ist.

Vielfach wird von dem bevorstehenden Krach gesprochen, der im Herbst im Parlament kommen wird, und nicht ohne Sympathie. Es fallen Worte wie „Ministerium Scheidemann“ usw. Ein Fliegeroffizier sagte wörtlich:

„Nun, Wilson macht keinen Frieden mit den Hohenzollern, und bis die weg sind, wird es noch zwei Jahre dauern.“

Es fällt mir nicht ein, derartige Äußerungen verallgemeinern zu wollen und an der Moral unseres Heeres zu zweifeln, aber Zerfallssymptome liegen vor, es wäre ein Verbrechen, sie zu ignorieren.

Man hat in diesem Kriege schon so viel gewarnt, daß man sich scheut, es wieder zu tun. Aber ich fühle mich verpflichtet, noch einmal meiner festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß wir einer Katastrophe entgegengehen, es sei denn, daß vor dem Herbst dem Volk ein neuer großer Auftrieb gegeben wird und wir deutliche Erfolge auf dem Wege zum Frieden zu verzeichnen haben.

Die gegenwärtige Regierung kann den Auftrieb nicht geben und kann die Friedensatmosphäre nicht schaffen. . . .

Hertling hat sich in aller Form auf den Standpunkt gestellt, daß Worte nutzlos sind. Fängt er oder seine Kollegen plötzlich an zu reden, so sagt die Welt nicht mit Unrecht: Jetzt steht Hertling es doch ein, daß die Militärs es nicht schaffen können. Wir haben ja gleich gesagt, nach deutschen Mißerfolgen wird eine politische Offensive einsehen.

Selbst eine Landtagsauflösung würde heute abgetroht aussehen. Man nimmt mit Recht an, daß Hertling, der auf seine guten Beziehungen zu den Konservativen so großes Gewicht legt, nur unter dem Drucke einer enttäuschten Heimat so drastische Maßnahmen ergreifen würde. Auch eine plötzliche Schwenkung in der Behandlung der Randstaaten, wie Zurückziehung der Militärverwaltung aus den besetzten Gebieten, würde wie Zurückweichen der Regierung aussehen, nachdem Erzberger und andere immer wieder diese Forderung vergeblich gestellt haben. Die Randstaaten selbst hätten das Gefühl: Jetzt verzweifeln die Deutschen am Sieg und werden human.

Ich muß immer an Stegemanns Wort denken:

„Wer zehnmal das Falsche geredet und das Falsche getan hat, wird nicht überzeugen, wenn er zum elftenmal richtig redet und handelt. Und alle guten deutschen Worte und Maßnahmen werden nichts helfen, wenn sie nicht überzeugen.“

Die Regierung Hertling wird sicher fallen, so sicher wie Bethmann fallen mußte, Michaelis oder Kühlmann.<sup>1</sup> Gewiß, man hat bisher immer den falschen Nachfolger gewählt! Aber warum? Weil man immer wartete, bis der zu ersetzende Reichskanzler durch irgendeinen Unglücksfall stürzte, so daß dann überstürzt gehandelt werden mußte, anstatt den Wechsel planmäßig und staatsmännisch vorzubereiten und rechtzeitig durchzuführen, ohne sichtbaren Druck der Verhältnisse, aus dem freien Entschluß der Krone.

Die Reichstagsmajorität wird auch im Herbst der Krone keinen Spielraum lassen. Man hüte sich davor, ihre Stoßkraft zu unterschätzen! Ihre Stärke wächst mit der Depression des Volkes, und die Depression im Herbst wird fürchterlich sein. Zudem ist das Anlagematerial gegen die schwache Regierung und die Oberste Heeresleitung wegen ihrer Illusionspolitik, welches Erzberger und Scheidemann heute sammeln, für den Uneingeweihten erschütternd. Das Ministerium Fehrenbach wird allgemein als eine maßvolle Lösung begrüßt werden. Der Kaiser wird nur die

<sup>1</sup> Kühlmann war am 8. Juli durch Admiral v. Hinke ersetzt worden.

Wahl haben: Maschinengewehre oder parlamentarische Regierung, und an seiner Wahl kann kein Zweifel sein. . . .

Soll man wirklich die Dinge treiben lassen, bis wieder der Unglücksfall kommt? . . .

Diese Warnungen kamen von Männern, deren Tätigkeitsgebiete denkbar verschieden waren. Aber hinter den drei Briefen stand die gleiche Erkenntnis: läßt man die Dinge treiben, so ist Deutschland verloren. Noch ist viel zu retten, aber nur durch eine entscheidende Wendung unserer Politik.

Ich hielt es für gut, Fendrichs Brief dem Kaiser zur Kenntnis zu bringen und begleitete ihn mit folgendem persönlichen Schreiben:<sup>1</sup>

„Salem, 15. August 1918.

Mein allergnädigster Vetter.

Ich habe mir erlaubt, Freiherrn v. Grünau zu bitten, Dir den Brief Anton Fendrichs vorzulegen. Der Hilferuf dieses wackeren Mannes traf mich in einer Stimmung, die der seinen entspricht. Aus dieser Übereinstimmung heraus faßte ich den Entschluß, Dir die Not unseres Volkes nahezubringen in besseren Worten und aus tieferer Erkenntnis und Wissenschaft heraus als die, über die ich verfüge. Du kennst den Mann, dessen Brief den Stempel der Loyalität, der Wahrhaftigkeit und der Vernunft trägt.

Das Volk sucht seinen Kaiser und muß ihn finden, soll schwerer Schaden nicht entstehen. Ob mit Recht oder Unrecht, Tatsache ist, daß es fürchtet, Ihm entfremdet zu werden, während es bereit ist, Seiner Führerschaft zu folgen, wenn es die Gewißheit haben darf, von Ihm verstanden zu werden.

Würden die Millionen tapferer deutscher Soldaten und fleißiger Arbeiter in den Werkstätten der Kriegsindustrie glauben müssen, daß ihr Kaiser die Kaisertreuen dort sucht, wo der „Bund der Kaisertreuen“ sich breit macht, so würde eine Enttäuschung und eine Verbitterung sich einstellen, die letzten Endes den Kampf um die Monarchie auf die Straße trägt und die ersten Quellen verschütten würde, aus denen der Deutsche bis heute seine Treue zu Kaiser und Reich und seinen Opfermut getrunken hat.

Die Entfesselung eines Bürgerkrieges, wie der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ und der „Bund der Kaisertreuen“ es tun, ist heute, wo eine Zusammenfassung aller Kräfte oberstes Gesetz ist, ein Staatsverbrechen und eine Torheit sondergleichen. Es ist ein Unglück, daß solche Bünde nicht verhindert werden konnten, es wäre ein noch größeres, würde der geringste Zweifel bestehen können, daß der Kaiser damit einverstanden ist.

Fendrich hat recht, wenn er sagt, daß die Mächenschaften der unabhängigen Sozialisten Sache der Polizei sind; die Lösung der Frage des Sozialismus an sich ist Sache der Staatskunst und nicht der Gewalt.

Auch ich sehe kein anderes Mittel zur Abwehr schwerster Schädigung des Ansehens der Krone und der Schwächung der inneren Front, als einen „Aufruf an das deutsche Volk“, in dem erneut das Kaiserwort vom 1. August erhärtet und auf den kommenden fünften Kriegswinter in Anwendung gebracht wird.

---

<sup>1</sup> Der Abdruck erfolgt nach dem bei meinen Akten befindlichen Entwurf; ob er wörtlich mit dem Original übereinstimmt, ist mir nicht mehr erinnerlich.

Man hat das deutsche Volk glauben machen wollen, daß dieser Herbst den Frieden bringt. Das Volk hat gern daran geglaubt, daß Not und Elend, Trauer und Sorge bald hinter ihm liegen würden. Es ist in seinen Hoffnungen enttäuscht worden. Es wird weiterkämpfen und seine alte Treue und Standhaftigkeit bewahren, wenn es weiß, daß sein Kaiser der Hüter seiner inneren Einigkeit ist und sein will, und wenn es sieht, daß die deutsche Reichsleitung diejenigen Wege geht, die dazu geeignet sind, nicht allein die militärischen, sondern auch die moralischen Widerstände niederzuzwingen und zu beseitigen, die zwischen uns und einem ehrenvollen Frieden liegen. Hierzu müssen alle ethischen Kräfte herangezogen werden, über die Deutschland verfügt, und alles vermieden werden, was Zweifel an der ethischen Fundierung unserer Politik aufkommen ließe. Der Kampf der Geister ist nun einmal entfesselt, wir müssen auch in ihm Sieger sein, wollen wir überhaupt als Sieger aus diesem Krieg hervorgehen. Hierzu gehört auch die Lösung der inneren deutschen Fragen in einer Richtung, die den Beweis liefert, daß deutsche Freiheit besser ist als westliche Demokratie.

Das ist in erster Linie eine Sache des Vertrauens von oben nach unten und von unten nach oben. Dies Vertrauen immer wieder zu wecken, immer fester zu verankern, ist die schöne Aufgabe der Throne und der Staatskunst ihrer Berater.

Nicht leichten Herzens habe ich diesen Brief geschrieben, denn ich scheue mich, mehr als ich es sagen kann, den Anschein zu erwecken, als wollte ich mich um Dinge kümmern, die mich nichts angehen. Nur mein unbegrenztes Vertrauen zu Deiner mir gütigen Gesinnung und die Erwägung, daß es eine Solidarität der Fürsten gibt, die sie zu gemeinsamer Sorge um das Gesamtwohl des deutschen Volkes verbindet, und eine gemeinsame Pflicht, zu wachen, daß dem monarchischen Gedanken in Deutschland kein Abbruch geschieht — auch nicht von seiten der monarchisch Gesinnten — konnten mich zu diesem schweren Schritt veranlassen, dessen gelinde Beurteilung ich Deiner Nachsicht empfehle.“

Der Kaiser antwortete mir:

„Ich danke Dir von Herzen für die Übersendung Deines und Fendrichs Briefes und für Deine so treue Sorge um Kaiser und Reich. Die Schreiben habe ich dem Reichskanzler zugeleitet, damit er sich zur Sache äußert und mir weitere Vorschläge machen kann . . .“

Die Wendung in unserer Politik kam noch nicht.

Saefken ging ganz in seinen Propagandaaufgaben auf,<sup>1</sup> die als Einzelleistungen gelangen und deren Gesamtwirkung doch ein Mißerfolg sein mußte, weil für eine Regierung geworben wurde, die nicht mehr zu halten war.

Am 20. August hielt Staatssekretär Solf eine große Rede<sup>2</sup> gegen den Minister Balfour.

<sup>1</sup> Er hatte das Amt als Unterstaatssekretär abgelehnt, war aber Graf Hertling zur Verfügung gestellt worden, um zusammen mit Ministerialdirektor Deutelmöser unsere Propaganda einheitlich zu leiten.

<sup>2</sup> Bei einem Empfang von Pressevertretern in der Deutschen Gesellschaft.

Am 22. sprach ich in der badischen Kammer über den Völkerbund. Der Aufbau beider Reden war mit Haefsten besprochen. Solf wie ich bekannten uns zum Verständigungsfrieden und zu den Menschheitszielen, aber wir riefen, soweit wir konnten, das Volk zum Kampf auf Leben und Tod gegen die feindlichen Machthaber, die uns vernichten und nichts von Verhandlungen wissen wollten. Unsere Reden sollten für die Oppositionsparteien in den feindlichen Ländern verfühlich klingen, gegen Lloyd George und Clemenceau aber als Fanfaren wirken.

Solf gab eine Erklärung über Belgien ab. Die Worte Souveränität und Integrität standen in seinem Manuskript, auf Grund der Ermächtigung, die General Ludendorff Oberst v. Haefsten am 13. August gegeben hatte. Das Auswärtige Amt aber war päpstlicher als der Papst und protestierte im letzten Augenblick, weil die Oberste Heeresleitung mit diesen Worten nicht einverstanden sein würde. So wurde die Stelle abgeschwächt und die folgende Fassung gewählt:

„Der Herr Reichskanzler hat im vorigen Monat im Reichstag für jeden, der es hören wollte, erklärt, daß wir nicht beabsichtigen, Belgien in irgendeiner Form zu behalten'. Belgien solle nach dem Krieg als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, wieder erstehen. Meine Herren! Der Wiederherstellung Belgiens steht nichts im Wege als der Kriegswille unserer Feinde.“<sup>1</sup>

Der Staatssekretär bereinigte den Brest-Litowsker Frieden:

„... Der Friede von Brest-Litowsk kam zustande auf Grund der einen großen Übereinstimmung zwischen der russischen und der deutschen Regierung, daß die jahrhundertlang unterdrückten Fremdvölker Rußlands das von ihnen erstrebte nationale Eigendasein erhalten sollten. Diese Übereinstimmung über das Schicksal der Randvölker ist eine weltbedeutende Tatsache, die sich aus der Geschichte nicht mehr auslöschen läßt. Nicht über das Ziel, wohl aber über die Methoden und über die Wege, die zu dem Eigendasein der Völker führen sollten, gingen die russische und die deutsche Auffassung auseinander. Unsere Auffassung ist nach wie vor die, daß der Weg zur Freiheit nicht über Anarchie und Massenmord führen darf. Zwischen der ersten Sprengung der Fesseln und der vollen Selbstbestimmungsfähigkeit der Randvölker liegt das natürliche Übergangsstadium. Bis sich die ordnenden Kräfte in den verschiedenen Ländern zusammenfinden, fühlt sich Deutschland zum Schutz dieser Gemeinwesen berufen, im eigenen wie im allgemeinen Interesse, wie denn auch tatsächlich Deutschland von den nationalen Mehrheiten und nationalen Minderheiten gerufen worden ist. Der Brest-Litowsker Friede ist ein Rahmen, das Bild, das darin entstehen wird, ist erst in seinen ersten Anfängen entworfen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, den erbetenen und gegebenen Schutz nicht zu einer gewaltsamen Annexion zu mißbrauchen,

<sup>1</sup> Von mir gesperrt.



sondern den bisher unterdrückten Völkern den Weg zur Freiheit und Ordnung und zur gegenseitigen Duldung zu öffnen.

Meine Herren! England hat das Recht verwirkt, moralisch für die russischen Randstaaten in die Schranken zu treten. In ihrer namenlosen Leidenszeit während des Krieges haben sie sich einmal über das andere an England um Unterstützung ihrer Sache gewandt. Sie ist ihnen ständig versagt geblieben. Es gab eine Zeit, in der England das zaristische Rußland schärfer bekämpfte als irgendeine andere Nation. Als aber während des Krieges das zaristische Rußland im eigenen Lande unterdrückte, raubte und mordete, hat England geschwiegen, ja mehr als das, es hat den russischen Tatbestand vor der Welt beschönigt und gefälscht, und so mordete Rußland dank Englands moralischer Unterstützung mit einer unerhörten, durch das Gewissen der Welt nicht gehemmten Schwungkraft. Der Fehler darf nicht Richter sein. Das

#### Problem der Fremdvölker,

ja das ganze russische Problem wird von England ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung des englischen Krieges betrachtet. Jede Verfassung ist England recht, die Rußland als Kriegsmaschine tauglich erhält, und würde Iwan der Schreckliche auferstehen und Rußland zu einem neuen Kampf zusammenschweißen, so würde er den Engländern ein willkommener Bundesgenosse in dem „Kreuzzuge für die Freiheit und das Recht“ sein. Kann aber Rußland keinen Krieg mehr führen, dann wenigstens einen Bürgerkrieg, damit keine Ruhe an Deutschlands Ostfront entstehen kann. . . . Die wirtschaftliche Notlage der von uns besetzten Gebiete ist ohne Zweifel schwer, aber es ist ein Zynismus im englischen Munde, davon bedauernd zu reden, denn Englands Hungerblockade richtet sich gegen die besetzten Gebiete, ebenso wie sie sich gegen uns richtet, gegen die Neutralen und gegen die ganze Welt.

Balfour bespricht unser Verhältnis zu jedem einzelnen dieser Randstaaten. An die erste Stelle setzt er die Behauptung, die

#### deutsche Intervention in Finnland

hätte bezweckt, Finnland in deutsche Abhängigkeit zu bringen, mit anderen Worten, ein deutsches Portugal zu schaffen. Welche unerhörte Herabwürdigung des finnischen Unabhängigkeitskampfes, der seit Jahrzehnten alle Freunde der kleinen Nationen begeistert hat! Aber Finnland hat, wie es scheint, alle Sympathien in England verloren, seit es sich durch das englische Vorgehen in Nordrußland bedroht fühlt und von der Verbindung mit der eisfreien Murmanküste nicht abgeschnitten werden will.

Über unser Verhältnis zu den Ostseeprovinzen, zu Polen und zu der Ukraine erhebt Balfour eine ungeheuerliche Beschuldigung. Wir seien mit diesen Ländern verfahren, sagen wir kurz, wie England mit Griechenland,<sup>1</sup> d. h. wir hätten sie zum aktiven Heeresdienst gegen Deutschlands Feinde gepreßt. Kein einziger Soldat ist zum Heeresdienst aus diesen Ländern für Deutschlands Sache gezwungen worden.“

Solf erneuerte sein Bekenntnis zu Deutschlands kolonialer Sendung:

„. . . Wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten.

<sup>1</sup> Siehe oben S. 173, Anm.

Wir wünschen die Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatz, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihrer in der Geschichte bewiesenen Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu beschützen. Die wirtschaftliche Tüchtigkeit allein ist kein genügender Rechtstitel, kolonisieren heißt missionieren. Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatz vor dem Kriege zu handeln bestrebt waren, die Menschheit auch in den Farbigen zu achten, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, eine Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hatte sich Deutschland vor dem Kriege erworben. Die Befreiergeste, mit der die Annexion der deutschen Kolonien als gottgewolltes Werk plausibel gemacht wird, ist eine Blasphemie. Es erscheint Balfour als etwas Selbstverständliches, den Raubinстинт den englischen Imperialisten moralisch zu rechtfertigen.“

Dann schloß er:

„... Meine Herren! Die psychologische Situation, aus der heraus der britische Staatsmann handelt, ist klar:

Die Feinde wollen keinen Frieden durch Verhandlungen.

Noch einmal geht eine Welle des Übermut's durch ihre Völker wie nach dem Eintritt Italiens, wie nach dem Eintritt Rumäniens und wie nach jedem vorübergehenden politischen oder militärischen Erfolge, und schon sind wieder die alten Kriegsziele bei der Hand, die in den noch nicht gekündigten Geheimverträgen so deutlich festgelegt sind. Der Ententekrieg geht heute wieder um Raub und Ruhm.

Aus diesem Tatbestand ergibt sich klar die Schlussfolgerung: Wir müssen die Balfoursche Rede hinnehmen als einen Aufruf an das deutsche Volk, im fünften Kriegsjahr von neuem alle seine Kräfte des Leidens, Kämpfens und Siegens zusammenzuraffen, wie in der großen Erhebung vom August 1914. . . .“

Meine Rede wurde am 22. August 1918 in Karlsruhe gehalten. Der Anlaß war die Hundertjahrfeier der badischen Verfassung:

„Eure Königliche Hoheit haben die beiden Häuser der Landstände um sich versammelt, um die Erinnerung zu feiern, daß heute vor hundert Jahren Großherzog Karl dem badischen Lande seine Verfassung gegeben hat.

Das badische Volk weiß sich eins mit seinem Fürsten in dankbarem Gedenken an diesen guten Tag seiner Geschichte.

. . . Großherzog Karl und seine Regierung hatten erkannt, daß die Wunden eines so langen und furchtbaren Krieges sich nur schließen konnten, wenn es gelang, die eigenen Heilkräfte des Volkes durch ein starkes und aufrechtes politisches Leben zu wecken.

Es ist wohlthuend, sich heute die Antworten auf die Thronrede ins Gedächtnis zurückzurufen, welche die Erste und Zweite Kammer dem Großherzog in ihren Dankadressen gaben.

In der Adresse der Ersten Kammer findet sich folgender Satz:

„Unsere vereinten Bestrebungen werden mithin dahin gerichtet sein, daß die Verfassung der Schild der persönlichen Freiheit und des Eigentums und das feste Band werde, das alle Klassen in brüderlichem Verein zu gleicher Verehrung und gleichem Wettstreit für die Sache des Thrones und des Vaterlandes als unzertrennbare Einheit unauflöslich verbindet.“

In der Adresse der Zweiten Kammer heißt es unter anderem, daß  
,die namenlosen Drangsale dieser Zeit den großen Grundsatz der Gleichheit der  
Rechte und Pflichten aller Staatsbürger vor dem Gesetz schufen'.

In diesen beiden Rundgebungen werden zwei Forderungen aufgestellt, die immer  
die Grundlage eines kraftvollen Volksstaates bleiben werden: die Forderung an  
den Staat, Achtung vor der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit des  
einzelnen zu haben; die Forderung an den einzelnen, sich in Hingabe an das Ganze  
einzusetzen bis zum höchsten Opfer.

Diese beiden Forderungen scheinen oft in unverföhnlichem Widerstreit. Jedes  
Land hat Perioden in seiner Geschichte gekannt, da der übersteigerte Drang nach  
Ungebundenheit den einzelnen, ganze Stände, ja Einzelstaaten von der gemeinsamen  
Sache des Vaterlandes abkehrte in der Pflege ihrer besonderen Selbständigkeit;  
und wiederum kennt die Geschichte jeder Nation Regierungen, die glaubten, die  
Staatsautorität durch einen erzwungenen Gehorsam widerstrebender Untertanen  
genügend gesichert zu haben.

Mochte dieser Glaube für vergangene Perioden Gültigkeit haben, heute ist er  
trügerisch, denn heute enthält die Forderung nach äußerer Kraftentfaltung zugleich  
die Forderung nach innerer Freiheit. Wie unsere großen Feldherren immer von  
neuem das Heer zu unerhörter Schwungkraft bereit finden, weil der Opfergeist  
eines vertrauenden Volkes es durchbringt, so können wir auch im Frieden nur  
groß und glücklich dastehen, wenn der Staat getragen wird von einem gemeinsamen  
Volksgefühl, wenn der Deutsche durch seinen freien Willen das allgemeine Gesetz  
bejaht . . .

Eurer Königlichen Hoheit ist es nicht vergönnt gewesen, die seit dem Regierungs-  
antritt so heilsam begonnenen Friedenswerke fortzuführen. Der Krieg ist ge-  
kommen mit seinen herrischen, unerbittlichen Anforderungen. Er hat Eurer Königl-  
ichen Hoheit die schwerste aller Aufgaben eines Regenten auferlegt: ein treues  
und heißgeliebtes Volk durch Not und Leid hindurchzuführen.

. . . Aber im Gefolge eines jeden schweren und langen Krieges sind bisher immer  
moralische Volkskrankheiten einhergezogen. Es wäre vermessen, zu glauben, daß  
irgendeine kriegsführende Nation unberührt bleiben kann. Diese Gefahr bedroht  
auch uns, aber sie kann beschworen werden, wenn die geistigen Führer sich ihrer  
Aufgabe bewußt bleiben, in Platos Sinn Wächter und Ärzte der Volksseele  
zu sein.

Schlimm stünde es um die Nation, die glaubte, die Fackel der christlichen Ge-  
sinnung während des Krieges senken zu dürfen in der Hoffnung, sie nach dem  
Frieden noch lebendig und stolz wieder erheben zu können. Ein solches Land hätte  
seinen Posten als Fackelträger der Gesittung verwirkt.

In jedem Land gibt es Demagogen, die diese Sorge wenig kümmert. Ja die  
feindlichen Regierungen erblicken ihre nationale Aufgabe darin, die Gesinnung des  
Hasses und der Rachsucht in den Frieden hinüberzuretten und durch Abmachungen  
zu verankern, die aus dem kommenden Frieden eine Fortsetzung des Krieges mit  
veränderten Mitteln machen sollen. Wahrlich, das wäre ein schlechter Berater  
der deutschen Nation, der uns aufforderte, uns ein Beispiel an Clemenceau und  
Lloyd George und ihrem neuen Heidentum zu nehmen. Da ist es tröstlich für uns,  
zu wissen, daß Eure Königliche Hoheit, getreu dem großen mütterlichen Vorbild  
unserer ehrwürdigen Großherzogin Luise, die Aufgabe aller führenden Kräfte in  
Deutschland darin sehen, die in jahrtausendelangm geistigen Ringen erwählten und

erprobten sittlichen Werte, an die wir im Frieden mit jeder Faser unseres Wesens glaubten, auch im Kriege treu zu bewachen.

Unsere Art und unsere geschichtliche Entwicklung zeigen uns den Weg zu dieser Wächterrolle. Die Verfassung Deutschlands ermöglicht uns die Selbstbestimmung; wir sind nicht gezwungen, in jeder vorübergehenden Aufwallung der Volksleidenschaft, in jedem Auf- und Niederschwanke der Stimmung eine untrügliche Offenbarung des Volkswillens zu sehen, der wir unser Gewissen zum Opfer zu bringen haben. Mobherrschaft, Lynchjustiz, Boykott Andersdenkender, Pogroms gegen Fremde und wie die despotischen Gewohnheiten der westlichen Demokratien alle heißen mögen, werden hoffentlich unserem Wesen immer so fremd bleiben wie unserer Sprache.

Es mag sein, daß die Engländer, Franzosen und Amerikaner wirklich an das Zerrbild Deutschlands glauben, das ihnen ihre verheerende Propaganda vorspiegelt. Wir kennen unsere Feinde, wie sie uns nicht kennen und kennen wollen. Wir vermögen zu unterscheiden; darum ist es unsere Pflicht, gerecht zu urteilen und nicht zu überhören, wenn gegen Äußerungen niedriger und roher Gesinnung bei unseren Feinden aus der Tiefe ihrer Völker selbst zornige Abwehr aufsteigt.

Solche Freiheit des Urteils war uns nicht immer gegeben. In jahrhundertlangem Bruderkwitz hatten wir die Periode der Unduldsamkeit durchzukämpfen und zu überwinden.

Die Schlichtung der inneren staatlichen und religiösen Gegensätze in Deutschland ist im Kleinen eine geistige Vorbereitung für eine Zusammenarbeit der Völker geworden. Hat es doch in unserer Geschichte lange Strecken gegeben, da das Zusammenraffen all der stolzen und eigenwilligen Stämme zu einer großen freiwilligen nationalen Einheit so utopisch erschien, wie es heute utopisch erscheint, daß einmal der Tag kommen wird, an dem die kämpfenden, hassenden und voneinander so Namenlos leidenden Völker sich zu einer großen Menschheitsgemeinschaft zusammenfinden, die noch nie gegeben war, die aber aufgegeben ist von dem religiösen Gewissen aller Völker und uns Deutschen noch besonders von unserem größten Denker, Immanuel Kant.

Konnte doch die Einheit des Deutschen Reiches nur gelingen, weil der Glaube an dieses Ideal selbst in den ganz verdüsterten Zeiten deutscher Geschichte niemals erloschen war. So sollten diejenigen, denen das ferne Ziel des Miteinanders der Völker ehrlich am Herzen liegt, nicht den Glauben an ihre große Hoffnung verlieren, mag uns auch die gegenwärtige Gesinnung unserer Feinde das Wort ‚Liga der Nationen‘ noch so verdächtig erscheinen lassen.

Noch ist Krieg. In England, Frankreich und Amerika hebt schamloser denn je der Vernichtungswille sein Haupt. Ihre alten, längst zusammengebrochenen Illusionen tauchen wieder auf. Sie werden wieder zusammenbrechen. Wir haben es nicht nötig, uns zur Einigkeit zu ermahnen. Jede Handlung, jede Rede der feindlichen Regierungen ruft uns zu: Schließt die Reihen!

Der Sturm, der unser nationales Leben bedroht, ist schwer und dauert lange. Wer zweifelt daran, daß wir ihn siegreich bestehen? . . .“

Im allgemeinen fanden Solf und ich Beifall auf der Rechten und auf der Linken. Die Konservativen dankten Solf besonders die stolze Sprache. Der Kaiser telegraphierte mir seine Billigung. Die „Frankfurter Zeitung“

war nicht zufrieden mit den halben Maßnahmen, die ich in der inneren Politik zu empfehlen schien, und forderte das parlamentarische Regime, dem ich gerade vorbeugen wollte.

Am meisten überraschte mich eine zustimmende Besprechung, die meine Rede in der „Welt am Montag“ (vom 26. August 1918) fand, die sonst mit der auswärtigen Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sympathisierte. Der Verfasser Hans Leuß unterstrich meine Worte: Heute enthält die Forderung äußerer Kraftanstrengung zugleich die Forderung nach innerer Freiheit. — Aus jeder Zeile sprach die Besorgnis um die Stimmung der deutschen Heimat. Leuß verstärkte am 20. September diesen Eindruck durch einen privaten Brief:

„... Im Hinter- und Untergrunde der verworrenen, unfreien Öffentlichkeit entwickelt sich aus diesem Zustande heraus eine communis opinio, die Katastrophen für vermeidlich hält und sich innerlich ihnen anzupassen anfängt.

Demokratische Politiker von besonnenem, im guten Sinne des Wortes realpolitischem Urteil stellen jener Entwicklung die Einsicht gegenüber, daß nur im Zusammenhange mit Bestehendem das Künftige auf sicherem, gewachsenem Grunde ins Dasein treten, eine dem Neuen wie dem Alten gleich verderbliche Entwicklung chaotischer Gegensätze verhindert werden kann. Vor dem Kriege hat mein Freund, Abgeordneter Dr. Franck aus Mannheim, in vertraulichen Gesprächen auf Euer Großherzogliche Hoheit öfter hingewiesen...“

Leuß stellte sich mir zur Verfügung, um „Verbindungen herzustellen, die vielleicht das Land aus einer Krise zu retten und schwerere künftige zu hindern vermöchten“.

Meine Rede fand im Ausland kaum Beachtung. Der Staatssekretär aber erzielte eine Wirkung in England, die weit über meine Erwartungen hinausging. Ich hatte geglaubt, die Siegerstimmung drüben würde die Menschen taub machen für jedes vernünftige Wort, das aus Deutschland kam. Aber das Rededuell Balfour-Solf reizte offenbar den Fechterinstinkt des englischen Volkes. Man hörte hin.

Die Solfsche Rede, so erfuhr der „Berliner Lokalanzeiger“ (vom 27. August 1918) aus dem Haag, würde auf dem Interalliierten Sozialistenkongreß eine beinahe ausschlaggebende Rolle spielen.

Die englische Regierung fühlte sich genötigt, Stellung zu nehmen. Lord Robert Cecil nannte die Äußerungen Solfs über Belgien befriedigender als alles, was vorangegangen war, und fand die Erklärung bedeutsam, daß der Friede von Brest-Litowsk nur ein Rahmen sei.

Man durfte aber die Resonanz nicht überschätzen. An eine Friedensbereitschaft der englischen Regierung war nicht zu denken. Immerhin mußte Lord Robert Cecil doch glauben, Rücksicht auf beachtenswerte Gruppen nehmen zu müssen, die Verhandlungen auch jetzt der Waffenentscheidung

vorzogen. Man hatte drüben noch gewaltigen Respekt vor unserer Verteidigungskraft.

Die englische Kriegspartei hoffte mehr als auf den Sieg im Felde auf den Zusammenbruch unserer „Moral“. Sie registrierte mit wachsender Spannung jedes giftige Parteigezänk, jede neue Entbehrung und Depression in der deutschen Heimat, jeden aufgefangenen Armeebefehl, der sich gegen Deserteure, Feiglinge oder aus der Heimat zurückkehrende Urlauber richtete.

Der Militärkritiker<sup>1</sup> der „Times“ hatte sich schon vor dem „schwarzen Tag“ das Geheimnis der englischen Kriegskunst folgendermaßen entfahren lassen:

„Die ‚Moral‘ des Feindes muß gebrochen werden. Es ist Verlust an ‚Moral‘ nicht Verlust an Boden, oder an Menschen, oder an Material, was Sieg oder Niederlage ausmacht. Der Feind muß aufhören, an sich oder an seine Führer zu glauben („Times“, 7. August 1918).

Die hier geforderte Strategie war längst an der Arbeit und zielte nur zu gut. Unsere politische Leitung hatte unwiederbringlich das Vertrauen des Volkes verloren. Das wußte man. Jetzt aber wurde ich mit Schrecken gewahr, wie in Heer und Heimat eine feindselige und gehässige Kritik auch gegen General Ludendorff sich regte. Es war mir ein Bedürfnis, ihm einen Brief voll vertrauender Worte zu schreiben. Für mich blieb er der Mann, an dem wir im Unglück Halt suchen mußten. Er hatte, wie kein anderer, die Kraft bewährt, das Schicksal Deutschlands an der Front zu wenden. Meine Bundesgenossen erwarteten und verlangten noch mehr von ihm: sie glaubten, er müßte die Initiative ergreifen, um den politischen Angriff der Feinde auf die deutsche Heimat abzuwehren.

Rohrbach schrieb am 26. August den folgenden Brief an General Ludendorff:

„Ew. Erzellenz, darf ich mir die Freiheit zu folgenden Ausführungen nehmen. Seit dem Beginn der feindlichen Teilerfolge an der Westfront ist die Stimmung bei uns im Volke, bei der Masse wie unter den Gebildeten, wie Ew. Erzellenz bekannt sein wird, in beängstigendem Maße deprimiert, und unter dem Eindruck der übertriebenen Gerüchte von angeblich abnehmender moralischer Kampfkraft unserer Truppen sinkt sie noch immer tiefer. Ich besitze genügend Fühlung nach unten wie nach oben und fühle mich verpflichtet, meiner Sorge Ausdruck zu geben, daß, wenn nichts Entscheidendes zur Aufrichtung des Mutes in der Heimat geschieht, wir vor der Möglichkeit eines inneren Zusammenbruches stehen.

Das größte Unheil würde geschehen, wenn der Reichstag sich versammelt und dann eine Regierung ohne gestärkte Autorität einer kopflosen Schar von Abgeordneten, namentlich aus den Mehrheitsparteien, gegenübersteht. Ich höre, daß in diesen Kreisen daran gedacht wird, etwas wie eine neue Friedensentschließung zu

<sup>1</sup> Früher der „Student of War“ des „Manchester Guardian“.



fassen, eine Erklärung der Bereitschaft, auf Wilsonsche Ideen einzugehen, oder Ähnliches. Kommt es im Reichstag dazu, so geraten wir in die äußerste Gefahr, denn dieser Beweis von Schwäche bei uns würde dem Kriegswillen der Feinde einen solchen Auftrieb geben, daß darüber die vorhandenen friedensbereiten Strömungen völlig verschlungen würden und die Kriegsparteien ihren gegen uns fechtenden Völkern weiter die größten Opfer zumuten könnten. Auf unserer Seite dagegen wäre nach einem solchen Schwächeausbruch eine moralische Wiederaufrichtung kaum noch denkbar.

Ich habe alle Verehrung für die Persönlichkeit und staatsmännische Hingabe unseres greisen Reichskanzlers, aber ich fürchte, daß es ihm bei seinem hohen Alter doch nicht gelingen könnte, wenn Danikstimmung unter den Abgeordneten zutage tritt, der Lage Herr zu bleiben. Mit Rücksicht hierauf sehe ich keinen anderen Ausweg, als daß Ev. Erzellenz zu der Aufgabe, eine die öffentliche Meinung beruhigende militärische Lage zu schaffen, auch noch Schritte zur moralischen Wiederaufrichtung der Heimatfront zu tun übernehmen.<sup>1</sup> Das eine ist Ev. Erzellenz so gut möglich wie das andere. Ich halte es nicht einmal für besonders schwer, den erschütterten Mut des Volkes neu herzustellen, wenn nur die richtigen Mittel angewendet werden. Dazu ist aber auf jeden Fall eins notwendig, daß die erforderlichen Maßnahmen nicht von solchen politischen Persönlichkeiten getroffen werden, von denen jedermann sieht, daß sie ihr früheres politisches System oder ihre Systemlosigkeit nur darum verlassen, weil die Not oder der General Foch sie treiben. Damit wäre unser Spiel hin. Es müssen große, entscheidende Schritte getan werden, um die gesunkene Stimmung wieder in die Höhe zu reißen, den unbeugsamen nationalen Willen zum Durchhalten zu beleben und uns von neuem die große moralische Schwungkraft zu geben, die allein uns retten kann.

Ich kann Ev. Erzellenz auf Grund einer wirklich nahen Fühlung mit unserer Volksseele versichern, daß bloße politische Taktiker, bloße Organisatoren oder selbst sogenannte starke Männer die Aufgabe nicht bewerkstellern werden, unsere Volkstimmung wieder in die Höhe zu bringen. Das Volk wird ihnen nicht folgen. Es verlangt jetzt, sich selbst unbewußt, nach großen moralischen Charakteren von einer durchsichtigen Reinheit des Willens, die imstande sind, auch den Ideenkampf aufzunehmen und die ganze Kraft bei uns zu entbinden, die aus dem Gefühl des eigenen besseren Rechts und der moralischen Minderwertigkeit der feindlichen Sache fließt. Gelingt es, zugleich mit der siegreichen Abwehr im Westen, durch großzügige moralische Offensive bei den Feinden dem Krieg seinen Charakter als „Volkskrieg für eine gerechte Sache“ zu nehmen, so ist Zusammenbruch des feindlichen Kriegswillens zu erwarten.

Zur Wiederherstellung unserer inneren Lage kommt es vor allen Dingen darauf an, dem deutschen Volke deutlich zu machen, wie absolut eitel der Gedanke ist, als ob wir durch Nachgiebigkeit im gegenwärtigen Augenblick einen erträglichen Frieden erreichen könnten, und als ob die im Dienste der kriegshegerischen Parteien stehenden feindlichen Regierungen einen anderen Entschluß kennten als den, Deutschland zu vernichten. Diese Einsicht, die bei uns im Volke keineswegs vorhanden ist, wird uns, verbunden mit dem Aufruf aller unserer sittlichen Kräfte und des Glaubens an unser besseres Recht, retten. Daneben müssen in geschickter Weise die starken

<sup>1</sup> Von mir gesperrt.

Momente unserer eigenen Stellung in politischer und materieller Hinsicht und die Schwächen der feindlichen gezeigt werden. Auch das kann eindrucksvoll geschehen.

Einzelheiten hierüber zu entwickeln, kann nicht Sache dieses Briefes sein. Wünschen Erw. Erzellenz meine Meinung weiter darüber zu hören, so stehe ich persönlich zur Verfügung. Erw. Erzellenz wissen so gut wie wir alle, daß es nicht möglich ist, diesen Krieg für uns zu gewinnen und unsere Existenz für die Zukunft siegreich zu behaupten, wenn die Wiederaufrichtung der erschütterten Moral und des schwankend gewordenen Willens zum Durchhalten in der Heimat mißlingt. Eine Reichsleitung, die in solcher Stunde gegen die Heeresleitung oder ohne sie arbeiten wollte, wäre ein Verhängnis; ebenso eine Militärdiktatur, die die Reihen des Volkes nur noch mehr, als schon der Fall, den Wirkungen der feindlichen Propaganda öffnen und alle Hingabe zerstören würde. Wir brauchen eine Regierung, die sowohl dem soldatischen Gefühl als auch der Volkstimmung Rechnung trägt und durch den Erweis moralischer Kraft auch die Reichstagsmajorität freudig hinter sich bringt. Möge es Erw. Erzellenz vergönnt sein, an der entscheidenden Stelle das entscheidende Wort dafür zu sprechen, daß wir eine politische Leitung erhalten, die fähig ist, unserem fechtenden Heere und seinem Generalstab eine innerlich erneuerte Heimatfront als Rückhalt und Kraftquelle hinzustellen . . .“

---

Ende August waren es nicht mehr allgemeine Sorgen und Ängste, mit denen man der Zukunft entgegensah. Mir wurden ganz bestimmte Gefahren bezeichnet, denen es sofort zu begegnen galt:

1. In Österreich hatte unsere Niederlage noch furchtbarer gewirkt als der Zusammenbruch der eigenen Offensive am Piave.<sup>1</sup> — Man sprach ganz offen von der Vernichtung des preußischen Militarismus als einer erstrebenswerten Lösung des Weltkrieges. Wir hatten denkbar ungeschickt in der polnischen Frage operiert. Auch loyale Österreicher waren verlezt über die Form, die unser Widerstand gegen die austropolnische Lösung angenommen hatte: wir hatten erklärt, uns mit kleinen Grenzberichtigungen begnügen zu wollen, wenn ein selbständiger polnischer Staat entstünde; würde aber Polen unter das Habsburger Zeppter kommen, so müsse ein großes Stück polnischen Landes an Preußen fallen. Österreich legte auf die austropolnische Lösung hauptsächlich aus Gründen des inneren Prestiges Wert, da, im Falle ein selbständiges Polen entstünde, Galizien verloren gehen müßte. Österreich braucht den Frieden dringend und sucht ihn, ohne die gebührende Rücksicht auf uns zu nehmen.

2. Es droht ein neuer Friedensschritt des Reichstags. Aus dem Bureau Haefsten wurde mir geschrieben:

---

<sup>1</sup> Vgl. A. v. Cramon: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege, Berlin 1920, S. 174.

„Beim nächsten Verhör Hertlings sollen ihm neue Majoritätsfesseln angelegt werden; die innere Begründung genau so wie bei Michaelis: weil sie eben kein Vertrauen zu ihm haben. Erzberger plant eine großzügige Kampagne zum Eingehen auf die Wilsonschen Ideen und Wilsonsches Vokabularium. War im Juli 1917 die Friedensresolution ein Hilferuf an das feindliche Ausland, so wird die neue Resolution, die vorbereitet wird, in der ganzen Welt wirken wie ein ‚Händehoch‘ des deutschen Volkes vor der amerikanischen Idee.“

3. Am 2. September will Bayern im Bundesrat die Frage eines Friedensangebotes zur Sprache bringen. Kronprinz Rupprecht gab mir diese Information und billigte den Schritt seiner Regierung: „Die militärische Lage, die sich seit meinem letzten Briefe<sup>1</sup> wiederum erheblich verschlechtert hat, läßt ein rasches Handeln geboten erscheinen. Die Zeit wirkt gegen uns, je länger wir säumen, desto ungünstiger wird die militärische Lage, und wir müssen zum Frieden kommen, koste es auch sehr bedauerliche Opfer, ehe eine weitere Schwächung unserer militärischen Kraft eintritt.“<sup>2</sup>

Ich konnte den badischen Bundesratsbevollmächtigten Herrn Minister Dr. Düringer noch vor seiner Abreise nach Berlin sprechen. Er teilte meine Überzeugung, daß ein Regierungswechsel viel mehr für den Frieden bedeuten würde als ein Friedensangebot, ja, daß ein Annäherungsversuch der Regierung des Grafen Hertling in diesem Augenblick die Feinde nur ermutigen könnte.

Der bayerische Vorstoß war nicht leicht abzuwehren. Ministerpräsident v. Dandl sprach sehr ernst. Er las aus der pessimistischen Denkschrift des bayerischen Kriegsministers Hellingrath vor und warnte die Regierung, zu warten, bis der Reichstag die Initiative ergriffe, denn bei solcher Initiative könne es um Kronen gehen. Dandl empfahl — ganz entsprechend der Auffassung des Kronprinzen Rupprecht — mit England Fühlung zu

<sup>1</sup> Vom 15. August s. o. S. 288 f.

<sup>2</sup> In dem gleichen Brief vom 31. August 1918 hatte Kronprinz Rupprecht geschrieben: „Daß Hertlings Abgang ein Glück wäre und zwar ein möglichst baldiger, dies ist auch die Ansicht unseres Ministers v. Dandl, Hertling ist eben einmal zu alt und fast willenlos geworden. Denselben Eindruck von Hertling gewann auch Kaiser Karl, wie er mir unlängst sagte. Selbst in der eigenen Partei Hertlings besteht die Auffassung, daß er seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen, er ist zum völlig gefügigen Werkzeug Ludendorffs geworden, der ihn nur deshalb hält, weil er mit dem Reichstag gut umzugehen versteht. Dandl teilt meine Meinung, daß Du für den Posten des Kanzlers die geeignetste Persönlichkeit, und ich konnte im gleichen Sinne auch auf andere Leute einwirken.“

nehmen, das in diesem Jahr mächtiger sein würde als im nächsten; 1919 würde das Schwergewicht bei Amerika liegen. Er schloß mit der Forderung, die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage möchte in kürzester Zeit erfolgen.

Der württembergische Minister Weizsäcker sprach womöglich noch besorgter: Unsere Souveräne hätten unbedingt Anspruch darauf, zu erfahren, was nach Auffassung der Obersten Heeresleitung die Chancen seien, mit denen wir im nächsten Jahr weiterkämpfen könnten. Man habe zu sehr im Traum einer Zuversicht gelebt, jetzt müsse die Nation wissen, daß es ums Ganze geht.

Graf Hertling und Staatssekretär v. Hinzpeter gaben den Ernst der Lage zu. Hertling sagte jedoch, die Depression ginge zu weit. Wir hätten mit unserer Offensive eine Enttäuschung erlitten, aber auch dem Feind sei der Durchbruch nicht gelungen. Er könne sich nicht darüber äußern, ob man im Jahre 1918 deutscherseits noch eine Offensive unternehmen wolle, da er geflissentlich vermeide, mit Rücksicht auf die Geheimhaltung, sich über militärische Einzelheiten informieren zu lassen. Die Frage des Mannschaftserlasses sei sehr ernst in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Man sei zu dem Entschluß gekommen, die Situation in ernstester Weise zu verfolgen und das Anknüpfen von Fäden mit den Gegnern sorgfältig zu erwägen, damit der richtige Moment ergriffen werde, um zu Konversationen zu kommen. Graf Hertling skizzierte dann Deutschlands Mindestforderungen, die bereitgehalten werden müßten: „Definitivum des Friedens im Osten, möglichstes Desinteressement in Belgien, das wir wiederherstellen wollten, aber nur insoweit, daß keine feindliche Macht größere Vorteile hat als wir. In Frankreich möglichstes Interesse an Briey und Longwy.“

Der Staatssekretär v. Hinzpeter wandte sich gegen den Vorschlag Bayerns mit guten Gründen. Er sagte, daß der gegenwärtige Siegesübermut der Feinde Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfe, erst nach verbrauchtem Taumel könne man Fäden hinüberspinnen, wenn der Feind merke, daß wir weit davon entfernt seien, uns einen Frieden diktieren zu lassen. Herr v. Hinzpeter wies darauf hin, wie leider Österreich diese Erkenntnis nicht teile. Wien stände im Begriff, sich selbst an den Feind zu wenden. Die von Österreich ins Auge gefaßte Form, zum Abschluß zu kommen, gliche schon mehr dem Schrei eines Ertrinkenden. Er kündete an, daß er im Begriff stände, nach Wien zu reisen, um wenn irgend möglich den österreichischen Friedensschritt<sup>1</sup> aufzuhalten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Cramon, a. a. O., S. 176ff. und die „Chronologische Übersicht der Entwicklung des österreichisch-ungarischen Friedensvorschlages“, Amtliche Urkunden Nr. 4.

Der Vertreter der Obersten Heeresleitung, Oberst v. Winterfeldt, gab alsdann Auskunft über die militärische Lage: Die gegenwärtigen Kämpfe seien für Führung und Truppe das Schwerste, was sie im Krieg erlebt haben. Der Feind wolle eine neue Entscheidung herbeiführen. Schon erstreckte sich der Kampf auf eine Front von 100 Kilometern, man müsse mit einer weiteren Ausdehnung rechnen. Die Frage des Mannschaftserfolges sei die ernsteste, vor der die Fragen des Prestiges und des Geländes in den Hintergrund träten. Wir müßten Menschen sparen, das sei jetzt die Hauptsache.

Oberst v. Winterfeldt war gerade dabei, gewisse Fortschritte in der Bekämpfung der Tankwaffe glaubhaft zu machen — da wurde er durch ein Telephonat des Generals Ludendorff unterbrochen. Er gab den versammelten Herren von dem erschütternden Inhalt Kenntnis: Die Wotanstellung ist überrannt. Zwei hintereinanderstehende Divisionen sind durch massierte Tankangriffe überwältigt worden. Winterfeldt sagte abschließend:

Die Lage sei nach Ansicht der Obersten Heeresleitung gespannt und ernst, aber der Feldmarschall und Ludendorff ließen deshalb keineswegs den Kopf hängen. Auch bei der Obersten Heeresleitung bestehe der Wunsch, den Krieg nicht ins Ungemessene zu verlängern. Das gegenwärtige Anrennen der Feinde geschähe wohl ebenfalls in der Absicht, den Krieg rascher zu beenden.

Minister Dr. Düringer sekundierte dem Oberst v. Winterfeldt. Der gegenwärtige Augenblick sei der denkbar ungünstigste zu Friedensaktionen, jede dahin gehende Äußerung bedeute nur ein Eingeständnis der Niederlage und Schwäche. Er äußerte sich sehr entschieden über die Notwendigkeit, etwas für die Aufrichtung der Heimat zu tun.<sup>1</sup>

Düringer schrieb mir am 6. September 1918 in einem Privatbrief über diese Sitzung: Einzelne Ausführungen wären viel defaitistischer gewesen, als der offizielle Bericht erkennen ließe.

Er gab mir dann noch von einem Gespräch Kenntnis, das nach dem anschließenden Essen im Reichskanzlerpalais der bayerische Ministerpräsident mit ihm herbeigeführt habe. Dandl hätte ihm bedeutet, es wäre nach seiner Meinung jetzt an der Zeit, daß Prinz Max von Baden das Amt des Reichskanzlers übernehme.

„Sie (die badische Regierung) müssen natürlich dagegen sein; aber ich würde es begrüßen, einmal, weil damit der Beweis geliefert wird,

<sup>1</sup> Der Schilderung der Sitzung liegt der Bericht des braunschweigischen Gefandten Boden zugrunde.

daß ein Mitglied eines regierenden Hauses einen solchen Posten übernehmen kann, sodann wegen des Ansehens des Prinzen im Auslande.“

Herr Dr. Düringer fügte hinzu:

„Mein Verhältnis zu Dandl ist kein solches, daß er mir persönliche Konfidenzen zu machen hätte. Er hat also mit mir als dem badischen Minister gesprochen. Daraus ergab sich für mich die Pflicht, dem Großherzog Mitteilung zu machen.“

Gleichzeitig erfuhr ich von einem Memorandum, das am 12. August zwei mir damals unbekannt Generalstabsoffiziere Ludendorff übergeben hatten: darin forderten sie zur Versteifung unseres Widerstandes die Belebung unserer inneren Kräfte. Sie bezeichneten den Prinzen Max von Baden als den geeigneten Mann, um als Reichskanzler die neue Mobilmachung durchzuführen.<sup>1</sup>

Am 3. September wurde Hahn zu seinem Chef gerufen. Herr v. Haefte sagte ihm, die gegenwärtige Krisis sei schwer, nicht wegen der objektiven Machtgrundlagen, sondern wegen der psychischen Erkrankung, welche durch die Heimat und — zum Teil auch durch die Front gehe.

---

<sup>1</sup> Der eine der beiden Generalstabsoffiziere war unser Militärattaché im Haag, Major v. Schweinitz. In seinem in den „Grenzböten“ (80. Jahrg., 24. Dezember 1921, S. 414 f.) veröffentlichtem Abriß seiner Haager Berichterstattung schreibt er darüber: „Der Umstand, daß ich den Prinzen Max von Baden zum Kanzler vorschlug, hat mich beinahe dazu veranlaßt, dies Buch ungeschrieben zu lassen. Das richtige wäre damals gewesen, den Fürsten Bülow mit der Abwicklung des Krieges zu beauftragen. Zwei Persönlichkeiten, die im Glück und Unglück klarer sahen als wohl irgendeiner ihrer deutschen Zeitgenossen, Ihre Majestät die Kaiserin und der Hausminister Graf Eulenburg, haben den ganzen Krieg hindurch an der Kanzlerkandidatur des Fürsten festgehalten. Noch kurz vor seinem Tode hat der Hausminister die Hoffnung geäußert, daß die politische Rolle des Fürsten nicht ausgespielt sein möchte. Vernünftigerweise müßte sie bei der Reichspräsidentenwahl in Erfüllung gehen. Daß ich den Fürsten im August 1918 nicht vorschlug, erklärt sich aus meinem Wunsch, den Präsidenten Wilson mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Diese Technik kam aber für den Fürsten nicht in Frage. Das spätere Verhalten meines Kandidaten brauche ich nicht zu kennzeichnen. Ich dachte ihn mir natürlich nicht als „Macher von 's Ganze“, wie sich der Berliner ausdrückt, sondern als *figure head*. Als der Prinz schließlich ernannt wurde, geschah es in einer Weise, die meinen Wünschen diametral entgegengesetzt war. Ich wollte unsere Umstellung mit einer Fanfare und nicht mit einer Schamade ankündigen.“ Ich habe diesen unfreundlichen Worten nur hinzuzufügen: Major v. Schweinitz mußte, als er sie schrieb, wissen, wer schuld daran war, daß meine Kanzlerschaft mit einer Schamade, und nicht, wie er und ich beabsichtigten, mit einer Fanfare begann.

„Nur eine Regierung des Volksvertrauens kann diese Krisis überwinden helfen.“

Hahn teilte mir noch an demselben Tage den Inhalt des Gespräches mit. Gleichzeitig wurde mir auch durch den General Ludendorff bestätigt, daß eine Katastrophe an der Front nicht befürchtet würde. Er schrieb mir am 5. September:

„Gegenüber den gewaltigen, die Entscheidung suchenden Anstrengungen des Gegners hoffe ich, die Lage durchaus halten zu können, so daß dann die Enttäufchung im feindlichen Lager unsere Gegner zu Besprechungen zur Anbahnung des Friedens geneigter machen wird.“

Am 6. September traf Hahn in St. Blasien ein, um mir im Auftrag des Obersten v. Saefen zu berichten. Sein Vortrag mündete in den Nachweis: die drohende Katastrophe kann noch abgewandt werden, aber sie kommt unaufhaltsam, wenn wir abwarten und nichts tun.

Wir legten die wesentlichen Merkmale der inneren und äußeren Lage schriftlich nieder; ich zog die Schlußfolgerungen, die sich aufdrängten. Es kam zur Aufstellung eines Programms:

## I. Der einzige günstige Faktor unserer äußeren Lage

„Warum greifen die Engländer an?“

Trotz der Mahnung ernstester Fachkreise, nicht in den Fehler von 1917 zu verfallen und mit unzureichenden Kräften eine Entscheidung erzwingen zu wollen, sondern damit zu warten, bis unbestrittene Überlegenheit der Luftwaffe und Bollgewicht der Amerikaner da ist?

Antwort:

Die Engländer wollen Schluß machen.

a) Der U-Bootkrieg ist zwar nicht der entscheidende Faktor, aber das Problem ist bis heute noch nicht gelöst: gleichzeitig amerikanische Millionenheere zu transportieren und zu versorgen und die Heimat der Entente in gesundem Zustand zu erhalten.

b) In Kreisen der City und älterer Staatsmänner greift das Bewußtsein um sich: ein amerikanischer Sieg ist eine englische Niederlage:

1. „We shall be hypothecated to America.“<sup>1</sup>

2. ‚Amerika soll die erste Seemacht werden‘: Erklärung des amerikanischen Schifffahrtsdirektors.

<sup>1</sup> Vgl. die Rede Inhcapes im Oberhaus über Steuerbelastung Englands infolge Verschuldung an Amerika.

3. „Ein leerer Hafen von London und ein leeres Liverpool sind keine glänzende Vision — wo wir kaum gehen werden — wird Amerika fliegen.“<sup>1</sup>

c) Pazifistische Verseuchung der englischen Munitionszentren.

d) Ansteckungsgefahr des englischen Pazifismus für französische Sozialisten.

e) Die Furcht der Jingoos (Barnes, Wilson) unter den Arbeiterführern, daß der Pazifismus die Gewerkschaften völlig erobern würde.

f) Die dauernden Warnungen der englischen Jingoos vor der Gefährlichkeit einer deutschen politischen Offensive.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Die heutige Kraftanstrengung der Entente findet ihre Hauptklärung in der Verwundbarkeit der englischen Heimatfront. Natürlich hoffen die Engländer, durch ihre materielle Überlegenheit den Zusammenbruch Deutschlands schon in diesem Jahre herbeizuführen. Gelingt es nun, durch eine neu befestigte ‚Moral‘ von Heimat und Front diese englische Hoffnung zuschanden zu machen, so steht ein schwerer psychologischer Rückschlag in England zu erwarten, das wäre dann der Moment für Deutschland, um politisch entscheidende Handlungen in der auswärtigen Politik vorzunehmen.

## II. Was erwarten die Feinde, was hoffen sie?

### 1. Sie erwarten bei uns

a) den moralischen Zusammenbruch unserer Heimatfront,

b) daß der Reichstag am Ende dieser Kampagne seine Rechnung präsentiert mit der Begründung:

Die Ratgeber der Krone haben versagt, sie haben nicht einen Augenblick die Führung im Reich in der Hand behalten, sie lag in der Hand des Militärs. Aber auch die Militärs haben versagt, sie haben nicht nur Illusionen erregt, sondern selbst daran geglaubt; sie haben die feindliche Macht falsch beurteilt, sowohl die moralischen wie die materiellen und numerischen Kräfte ihrer Gegner unterschätzt.

Das deutsche Volk hat kein Vertrauen mehr zu den vom Kaiser erwählten Führern, nicht zu den Bureaokraten, nicht zu den Militärs, es will nun sein Schicksal selbst in die Hand nehmen.

---

<sup>1</sup> An empty port of London and an empty Liverpool is not a brilliant vision — where we will hardly walk — America will fly (Zitat aus der „Nation“).

2. Die Feinde rechnen damit, daß Streikß, passiver Widerstand im Heer usw. hinzutreten.
3. In dieser Situation erwarten sie, daß der Reichstag die Forderung nach parlamentarischer Regierung stellen und durchsetzen wird. Das neue Ministerium Scheidemann, Erzberger usw. werde dann von Wilson als verhandlungsfähig erklärt werden, unter der Bedingung, daß auch die elsass-lothringische Frage und der Brest-Litowster Friede dem internationalen Tribunal unterworfen werden. Deutschland werde in bußfertiger Stimmung sein, entweder bereits reif für einen Entente-frieden oder bei Fortführung des Krieges bald so zermürbt, daß sich der innere Zusammenbruch in katastrophenartiger Form vollziehen wird.

### III. Wohin treiben nun die Dinge in Deutschland?

1. Ein System ist zusammengebrochen, das System des Wartens auf militärische Erfolge.

Die Männer, die dieses System verkörpern, sind heute noch an der Regierung. Das deutsche Volk erkennt sie nicht als seine Führer an. Das schadete nichts, solange die Mehrzahl des deutschen Volkes in Hindenburg und Ludendorff nicht nur die großen Feldherren, sondern auch die Führer zum Frieden sah. Heute glaubt niemand mehr an die Auffassung, die hinter unserer ganzen Kriegspolitik stand: daß die militärischen Erfolge eine Zwangslage für die Feinde schaffen werden, einen Frieden anzunehmen, wie ihn Deutschland sich wünscht.

2. So will heute das deutsche Volk eine Reichsleitung sehen, die mehr als ein politisches Anhängsel der Obersten Heeresleitung ist. Deutschland ist zum Bewußtsein der Führerlosigkeit gekommen. Heimat und Front haben zu gleicher Zeit das Vertrauen verloren, daß das Schicksal Deutschlands in guten Händen ist. Allenthalben ein Nachlassen der Spannkraft, in dem Augenblick, wo alles davon abhängt, daß Heimat und Front ihr Letztes hergeben. Jetzt stecken sie sich gegenseitig an; Truppen weichen, die ihre Stellung noch halten könnten, zu Hause haben fast alle ihre Haltung verloren.

a) Der ‚Vorwärts‘ verlangt ein neues Friedensangebot.

b) Erzberger und Scheidemann arbeiten auf eine neue Friedensresolution hin, die auf eine Kapitulation vor Wilsonschen Gedankengängen und Redensarten hinausläuft. Wir können gewärtigen, daß ihr Inhalt ungefähr wäre:

Wir haben ja den Militarismus in Deutschland abgeschafft, wir bestimmen ja jetzt unsere eigenen Geschicke, unsere Regierung ist ja jetzt verantwortlich, wir sind ja nun verhandlungsfähig, wir wollen ja auf den Machtgedanken zugunsten des Rechtsgedankens verzichten.

Das Ganze wird wirken wie ein Buß- und Bittgang an das feindliche Ausland.

- c) Erzberger und Scheidemann beabsichtigen eine Generalrechnung gegen die Oberste Heeresleitung und Reichsleitung aufzumachen; unter stillschweigender Begünstigung durch die Nationalliberalen und das Zentrum fordern sie die parlamentarische Regierung, und zwar mit der würdelosen Begründung, sie würde dazu beitragen, den Kriegswillen der Feinde zu erweichen. Sie hoffen, ihre Forderungen durchzusetzen auf Grund des Nachweises, daß die bisherigen Machtfaktoren Deutschlands: Kaiser, Reichsleitung und Heeresleitung, sich unfähig erwiesen hätten, Deutschlands Geschicke zu leiten.
- d) Die linksdemokratische Presse verlangt ebenfalls die parlamentarische Regierung; um die Nationalliberalen zu locken, will Theodor Wolff sogar Strefemann einen Platz in dieser Regierung sichern.
- e) Auf die Nationalliberalen ist kein Verlaß: Strefemann nähert sich deutlich der Reichstagsmajorität. Seine letzte Rede hätte genau so gut von einem Abgeordneten der linken Parteien gehalten werden können.

3. Von der Front kommt die Nachricht: Nachdem der Glaube an die Unfehlbarkeit der deutschen Obersten Heeresleitung geschwunden ist, sehnt sich mit einem Male die Armee nach einer politischen Führung. In diesem Verlangen trifft sich also das kämpfende wie das arbeitende deutsche Volk.

Diese Forderung kann unsere Rettung werden. Wer wird die politische Führung übernehmen?

1. Der Reichstag zögert zu lange, gerade von seinem Standpunkt aus. Hätte er Selbstbewußtsein, so müßte er in dieser Stunde der Not zusammentreten, sich Rechenschaft über die Lage geben lassen und mit daran arbeiten, daß eine neue nationale Erhebung und die Möglichkeit gibt, die große Krisis zu überstehen. Anstatt dessen ist er in den Ferien und die Parteileiter erholen sich für die große Kraft-

probe im Herbst. In jedem anderen Lande würde heute das Parlament darauf bestehen, zusammenberufen zu werden. Sie aber warten auf eine weitere Zermürbung Deutschlands und glauben, daß der große Raßenjammer, der am Schluß der militärischen Kampagne zu erwarten ist, wenn kein Friede kommt, der psychologische Augenblick für die Durchsetzung ihrer Machtansprüche sein wird. So wohlthuend es auch ist, daß der Reichstag sich gegenwärtig selbst ausschaltet, vom Standpunkt des Parlamentarismus ist es ein moralischer Selbstmord, daß er in dieser ernstesten Stunde auf die Rolle des Wächters verzichtet, zu der er sich berechtigt glaubte, aber natürlich keineswegs befähigt ist.

2. Aber auch die gegenwärtige Reichsleitung kann in dieser Stunde die Verbesserung unserer Weltstellung nicht herbeiführen. Sie hat in den entscheidenden Augenblicken des Krieges geschwiegen, als ihre Worte Taten gewesen wären.
3. In diesem Augenblick des Interregnums hat die Krone noch einmal Gelegenheit, zu handeln, ohne Druck von unten. Sie kann aus freiem Entschluß eine Regierung berufen, welche die Reichstagsmajorität lahmlegt, ihr die hauptsächlichste Waffe im voraus aus der Hand schlägt, indem sie selbst als der führende Faktor auftritt, den das deutsche Volk in der Stunde der Not herbeiföhnt.

Was muß der Kanzler einer solchen Regierung tun?

1. Er und sein Ministerium dürfen kein Wort von Frieden reden, sondern müssen alle Hilfsquellen der Nation zur Abwehr der tödlichen Gefahr aufrufen. Sie müssen keinen Zweifel daran lassen, daß sie Nachgiebigkeit gegen den feindlichen Übermut ablehnen und entschlossen sind, gegen ihn den Krieg länger fortzusetzen. Ohne daß sie es ausdrücklich sagen, müßten ihre ganzen Worte klingen wie eine Absage an diejenigen Elemente in Deutschland, die durch herausfordernde Kriegsziele den feindlichen Willen zum Durchhalten gestärkt haben, ebenso wie an diejenigen Elemente in Deutschland, die durch würdelose Friedensbessessenheit zur Festigung der feindlichen Heimatfronten beigetragen haben. Sie müßten die Verlogenheit der Feinde an den Pranger stellen.

Das deutsche Volk konnte es allenfalls gelassen ertragen, daß die halbe Welt einen moralischen Bannfluch gegen seinen guten Namen schleuderte, solange wir in der Lage waren, den Feinden ihre Unverschämtheit mit blutigen Niederlagen heimzuzahlen. Heute aber, wo

wir auf eine schwere Defensive beschränkt sind, heißt es mehr denn je, den Kampf ums Recht aufnehmen und unseren guten Namen in der Welt herstellen.

2. Die erste Maßnahme der neuen Regierung hätte die Durchsetzung des Wahlrechts zu sein, dann müßte die Zusammenberufung des Reichstages in einem Augenblick erfolgen, wo er noch seine Ferienerholung genießt. Der neue Mann würde ihn mit einer großen Kampfreden eröffnen:

Kein Friede ohne eine Niederlage des feindlichen Übermutes.

Die Gefahr ist groß, aber wenn alle helfen, wird sie bestanden werden.

Der U-Bootkrieg müßte in die richtigen Proportionen gerückt werden: nicht der entscheidende Faktor, wohl aber der furchtbar bedrohliche Faktor für die Feinde.

Kein Ton des leichtfertigen Optimismus darf anklingen.

3. Man möge nicht glauben, daß ein Drittes übrigbleibt: die Militärdiktatur. Wenn Deutschland nicht in seiner Regierung die Führer auf dem Wege zum Verständigungsfrieden sieht, dann bricht unsere Heimatfront rettungslos zusammen, ob allein durch passiven Widerstand, gegen den keine Unterdrückung fruchtet, ob in revolutionärer Form, das tut hier nichts zur Sache. Es bleibt uns nur die Wahl zwischen den zwei anderen Möglichkeiten:

Entweder überlassen wir es den Herren Erzberger und Scheidemann, Ende des Monats sich als Führer zum Verständigungsfrieden anzubieten und angenommen zu werden, oder

die Krone stellt diese Führer selbst aus der Mitte von Männern, deren Prestige es ihnen im In- und Ausland gestattet, das Wort Frieden heute nicht in den Mund zu nehmen und dennoch die Friedensatmosphäre in Feindesland sichtbar zu stärken.

Die Wahl kann nicht zweifelhaft sein.“

Wir waren mitten in diesen Erörterungen, als Conrad Haufmann eintraf (7. September).<sup>1</sup> Ich hatte ihn gebeten, mich in St. Blasien aufzusuchen, um mir über die parlamentarische Situation zu berichten. Er kam eben aus der Schweiz.

Bei unseren früheren Unterredungen hatte die natürliche Heiterkeit seines glücklichen Temperamentes überwogen. Mit künstlerischem Behagen pflegte er von dieser oder jener Aktion zu sprechen, die er eingeleitet hatte.

<sup>1</sup> Vgl. Haufmann, Schlaglichter, S. 211 ff.

Heute erschreckte mich sein Ernst und seine Eindringlichkeit. Aus seinen Worten klang ein Vorwurf: Seine ganze Politik basiere darauf, daß der Kaiser rechtzeitig aufgeklärt würde und rechtzeitig handle. Ich hätte immer die Parole ausgegeben: Nur keine parlamentarische Krise. Krisen fielen den Soldaten auf die Nerven. Naumann und er hätten dauernd in diesem Sinne gewirkt. Was aber, wenn der Kaiser die Realitäten nicht erführe? Dann wäre es ja tausendmal besser, man sorgte jetzt für die Einberufung des Hauptausschusses und verfrühte planmäßig die Krise, die panikartig ausbrechen würde, sowie ein Unglücksfall einträte, sei es an der deutschen Front oder in Österreich.

Ich fragte Haußmann, wie seine Fraktion und die übrigen Majoritätsparteien meinem Namen und meinem Programm gegenüberständen. Er erwiderte: „Meine Partei wird den Prinzen Max von Baden mit dem Programm, das ich bestimmt von ihm erwarte, einmütig unterstützen. Das ist meine sichere Vermutung . . . Die Sozialdemokratie wird den Abgang Hertlings als Erlösung empfinden und Ihnen zustimmen, wenn das Regierungsprogramm so ist, daß der Eintritt von einem oder zwei Vertretern der Sozialdemokratie in die Regierung erwartet und verlangt werden kann. Das Zentrum wird, wenn der Bruch mit Hertling sich nicht verletzend vollzieht und ein anderes Mitglied des Zentrums in die Regierung einzieht, zum großen Teil hinter der Politik Eurer Hoheit stehen . . . In der Bevölkerung wird der Wechsel als großes Ereignis hoffnungsvoll begrüßt werden . . .“

Dann aber stellte er die Frage: Welche Freiheit der neue Kanzler gegenüber dem Kaiser und gegenüber der Heeresleitung haben würde?

Ich erwiderte ihm, daß ich ohne diese Freiheit das Amt des Kanzlers nicht annehmen würde, daß ich mir aber die gleiche Unabhängigkeit gegenüber dem Reichstag sichern müßte. Drei Vertreter der Majoritätsparteien wollte ich in führenden Ämtern haben. Ich sei jedoch ein Gegner des französischen Parlamentarismus, der nur Deputierte als Minister dulde. Auf die Mitarbeit der Beamten und Männer aus freien Berufen wollte ich nicht verzichten. Ferner könnte ich keine Einmischung der Legislative in die Exekutive zulassen, wie sie unter Michaelis versucht und gelungen sei. Als die Mitarbeiter aus dem Parlament, die ich mir wünschte, nannte ich v. Dayer, v. Rechenberg und Ebert. Herrn v. Kardorff hatte ich als Chef der Reichskanzlei im Auge, und Herrn Haußmann selbst dachte ich als parlamentarischen Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes zur intimen Mitarbeit heranzuziehen.

Haußmann bekannte sich zu einer organischen Entwicklung unseres Regierungssystems und lehnte die schematische Nachahmung westlicher Ein-

richtungen ab. Heute würde mein Programm und meine Person freudig begrüßt werden, hoffentlich auch noch in drei Wochen; aber der Drang der Unruhe sei groß. Die Dinge trieben zu einer Entwicklung, in der ein rein parlamentarisches System gefordert werden und man nur noch die Wahl haben würde zwischen einem Ministerium Fehrenbach oder einem Ministerium Scheidemann.

„Wenn Hoheit das Kanzleramt in diesen Formen und mit diesen Absichten übernimmt, so kann ich die Milderung des parlamentarischen Systems, die in der fürstlichen Person des Kanzlers liegt, aus bester Überzeugung mitmachen und unterstützen. Wenn die Kombination scheiterte oder Mißerfolg hätte, dann weiß ich nicht, ob nicht im Dezember oder Januar die schroffe Forderung eines rein parlamentarischen Systems ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Weltstimmung und des Friedens werden könnte.“

Mit denkbarer Entschiedenheit stimmte Hauffmann meinem auswärtigen Programm zu: „Kein Friedensangebot, sondern Kriegszielproklamation und Aufruf zur nationalen Verteidigung.“ Er stützte unsere Auffassung durch zwei wichtige Dokumente, die er aus der Schweiz mitgebracht hatte.

Das eine war ein Brief von Hermann Stegemann vom 27. August 1918:

„Die Ereignisse, die heute im Rückzug der deutschen Armee auf Cambrai-St. Quentin gipfeln, lagen von der Entwicklung vorgezeichnet, als Fochs Angriffsmassen, ins Zentrum der Bewegung manövriert, am 18. Juli zum Gegenstoß aus der Flanke übergehen konnten. Es hat keinen Zweck, zu fragen, wie es zu dieser strategischen Wendung kommen konnte, doch wird man sich darüber klar sein müssen, daß die Wiederherstellung der strategischen Lage auf rückwärtigen Linien eine Vorbedingung der weiteren kriegerischen Abwicklung ist und daß die deutsche Heeresleitung ihrer ganzen, großen gedanklichen Konzentrationskraft und Kombinationsgabe bedarf, um diese entscheidungsvolle Aufgabe durchzuführen.

Andererseits bedarf die politische Leitung des Deutschen Reiches einer klaren Einsicht in die militärische Lage, um den Krieg, der sich mehr und mehr der militärischen Behandlungs- und Betrachtungsweise und der Schwertführung entzieht, aus drohender ‚Verewigung‘ zu erlösen und um ihrerseits die Offensive auf die Hörner zu nehmen.

Ich halte nämlich eine große politische Offensive für absolut notwendig, und zwar eine Offensive, die dem Feinde die politischen Argumente, die seinen Kriegswillen über das rein Militärische hinaus zum Völkervollen gesteigert haben, aus den Händen nimmt. Die deutsche Staatsleitung ist gegenüber dem kampffähigen Gegner stets in der politischen Defensive geblieben, während die Heeresleitung sich richtig und bis zur Kühnheit schrankenlosen Angriffsgeistes auf die Offensive verlegt hat. Politische Offensive heißt nichts anderes, als endlich Klarheit in der bel-

gischen Frage schaffen, die als stärkstes Agens auf England und Amerika wirkt — ob mit Recht oder Unrecht ist gleichgültig — und sich dem Gegner, mit den politischen Schusswaffen angetan, entgegenstellen, die er selbst so meisterlich zu tragen und zu spiegeln versteht. In diesem Sinne ist eine Erklärung, daß Belgien kein Faustpfand sein soll, daß Brest-Litowsk nur ein Rahmen ist, in dem sich die Staatsgebilde des Ostens nach eigener Wahl gestalten sollen, ist endlich eine Einleitung des Deutschen Reiches in moderne Staatsformen weder ein Verzicht, noch eine Schwächung Deutschlands, sondern ein Kriegsmittel, wie es scharfer und entwaffnender nicht gedacht werden kann. Es würde die Liberalen Englands, die Doktrinäre Amerikas, die Freunde, die Deutschland in Neutralien zählt, aus einer Befangenheit erlösen, in die sie der Bann dieses Krieges zum Unheil der Welt geschlagen hat.

Ich begründe mit diesen Zeilen alte Forderungen neu, weil die Kriegslage eine neue Formulierung erheischt. Daß ich sie so und immer wieder anders begründen kann, zeugt vielleicht stärker für ihre Richtigkeit als die Entwicklung, die mir leider nur allzusehr recht gegeben hat. Eine große politische Tat kann Deutschland erlösen und — wie immer sie auch aufgenommen werde — unter Umständen auch der deutschen Heeresleitung die wahre Freiheit des Handelns . . . (unleserlich), aber zugeschnitten auf ihr eigenes Gebiet wiedergeben.“

Das zweite Zeugnis war die Niederschrift über ein Gespräch, das Stegemann am 24. August 1918 mit Oberst v. Wattenwyl geführt und dem Hauptmann beigewohnt hatte. Die Quintessenz wurde folgendermaßen gezogen:

1. Die Zahl der Gefangenen sei schon am 25. August über 100000 Mann, die Zahl der verlorenen Geschütze 4000.
2. Die U-Boote hätten keinen einzigen amerikanischen Truppentransport versenkt.
3. Eine strategische Offensive kein Ziel, da weder an den Vorstoß zum Kanal noch an die Einnahme von Paris, noch an die Aufrollung der gegnerischen Front gedacht werden könne.
4. Eine taktische Offensive hätte Wert, um die rückwärtigen Linien frei wählen zu können, was jetzt nicht möglich sei, da die Druckoffensive zu nah sei, um die Freiheit des Handelns [zu ermöglichen].
5. . . . Es sei die Absicht Nordamerikas, die ganze Vogesenfront zu besetzen und dort bis Frühjahr eine so starke Überzahl zu sammeln, daß Nordamerika Elsaß-Lothringen erobern und Frankreich „schenken“ könne. Deshalb denke Nordamerika an den Frieden im nächsten Jahr, in dem es als Sieger auftreten könne, während Frankreich heuer „siegen“ wolle.
6. Militärisch frage es sich, wie groß die Reserven Ludendorffs und wie ihr Geist sei. Bray sei nur von der 27. württ. Division gehalten worden, sonst wäre eine Katastrophe eingetreten, weil der Punkt von entscheidender Wichtigkeit gewesen sei. Die anderen deutschen Truppen seien damals alle gewichen. Wenn Ludendorff nicht neue guten Truppen und nicht neue Ideen habe, so wäre der Rückzug an die Maaslinie das Richtige vom rein militärischen Standpunkt aus.
7. Der Vorstoß an die Marne und die Operation bei Reims seien der erste große Fehler Ludendorffs gewesen. Diese Offensive in ihrer Vortragung sei fehlerhafter als das zu weite Vorgehen am 4. bis 7. September 1914 gewesen. Jetzt sei Foch

geradezu zu der Gegenoffensive gegen die beiden deutschen Reile gezwungen und eingeladen worden, nachdem er zur Deckung zwischen diesen nicht tief gestaffelten Reilen große Truppenmassen versammelt habe.

8. Die Zerstörung der höchst gefährlichen Sturmwagen könne nicht mit ihrer Herstellung Schritt halten; eine einzige amerikanische Fabrik stelle alle 20 Minuten einen Wagen fertig.
9. Es müsse gelingen, die Schlacht auf rückwärtigen Linien auf einige Wochen oder Monate zum Stillstand zu bringen. Erst dann sei eine politische Hauptaktion rätlich, weil der Stillstand die Hoffnungen der Entente enttäusche. Bei einem Frieden von heute — wenn nicht Ludendorff neue Truppen habe — sei ganz Elsaß-Lothringen verloren, in einem Frieden in drei Vierteljahren auch das linke Rheinufer. Die politische Leitung muß genau fragen, was die militärische noch vorhabe.

Das war ein böses Bild unserer Lage.

Die Heimatfront in Gefahr.

Die Schlachtfront wird halten, aber nur, wenn daheim nichts passiert, und die Soldaten die Hoffnung bekommen, die Regierung führt den Weg zum Frieden.

Nur unser Programm konnte den Riß im Volke schließen. Ich war nun einmal der Fahnenträger unserer Richtung geworden und mußte mich jetzt einsetzen. Umwege wurden mir in diesem Augenblick empfohlen, sie waren mir zuwider. Auch war kein Tag zu verlieren.

Kein Mensch, der bei Sinnen war, konnte glauben, daß ich aus Ehrgeiz handelte.

Ich war mir deutlich bewußt, daß meine Kenntnisse und Erfahrungen für die nötige Detailarbeit nicht genügten; aber ich hatte Bundesgenossen, die mich stützen und ergänzen würden.

Mein Name und mein Programm würden in Feindesland sprengen und in der Heimat sammeln. Ich hoffte, den versiegenden Strom der Freiwilligkeit neu zu beleben. Ich traute mir zu, Lansdowne in die Schranken zu rufen, das Wahlrecht durchzukämpfen, die Majorität, die heute führen wollte, in eine loyale Gefolgschaft zu verwandeln, die Vaterlandspartei in eine nicht minder loyale Opposition.

Die Feinde würden Mühe haben, mich als nichtverhandlungsfähig darzustellen im gegebenen Augenblick, wenn der Ausgang ihrer Offensive sie enttäuschen sollte.

Ich erwog, ob nicht andere Vertreter unserer Richtung besser geeignet wären. Meine Stimme trug weiter, das lag nicht an meiner Person, sondern an meiner gehobenen Stellung.

Ich schrieb an den Kaiser und stellte mich ihm zur Verfügung. Ich schilderte die tödliche Gefahr, so wie ich sie in diesen Tagen erkannte, und fügte

Dokumente bei, die überzeugen mußten. Mein Programm faßte ich so zusammen:

Eine neue breite Basis muß geschaffen werden, die von der Vaterlandspartei bis tief in die Sozialdemokratie hineinreicht.

Ich würde mir getrauen, diese Basis zu finden. Meine Sympathien wären mit den Alldeutschen, wenn sie den Sieg forderten, aber gar nicht, wenn sie durch provokatorische Kriegszielforderungen die feindliche Widerstandskraft stärkten und damit den Sieg erschwerten. Mit patriotischen Männern der Mehrheitsparteien verbände mich die Erkenntnis der Notwendigkeit, daß ein großes Volk Menschheitsziele in seinen nationalen Willen aufnehmen müsse. Aber ich lehnte die Friedensbesessenheit ab, mit der die Reichstagsmajorität durch Vortäuschung deutscher Schwäche ebenfalls den feindlichen Kriegswillen gestärkt hätte. Ohne die Überbrückung der Gegensätze könne keine nationale Erhebung zustande kommen. Die Berufung der neuen Regierung würde kaum den Frieden bringen; aber den deutschen Krieg erleichtern und den feindlichen erschweren.

Ich sprach dem Kaiser von der letzten Chance der deutschen Monarchie, ihre Autorität zu wahren:

„Es handelt sich um die letzte Chance des monarchischen Gedankens überhaupt. Im Osten ist er elend zusammengebrochen, in den westlichen Demokratien ist schon längst kein Raum mehr für den freien Entschluß einer führenden Persönlichkeit.

„Die Staatsmänner der Entente sind nicht in der Lage, nach eigenem Gewissen, entgegen den Volksleidenschaften und Stimmungen, schwerwiegende Entschlüsse zu fassen, sie müssen immer warten, bis sich eine allgemeine Zustimmung hinter ihre Einsicht stellt.

„Das ist anders in Deutschland. Die monarchische Tradition ist noch so stark im Volke, daß heute eine rettende Tat des Kaisers, selbst wenn sie den Reichstag verblüfft und überrascht, ja gerade weil sie verblüfft und überrascht, im Volk dankbar begrüßt werden würde.“

Der Kaiser antwortete mir am 11. September:

„Ich danke Dir von Herzen, ich empfinde tief Deine selbstlose Treue und Deine freundschaftliche Gesinnung, unsere Ansichten sind in der Grundlage übereinstimmend, in diesem Sinne arbeite ich und sind von mir alle Weisungen gegeben und die Vorbereitungen getroffen. Zur Zeit kann anderes nicht in Aussicht genommen werden.

„Mit treuen Grüßen

Wilhelm.“